

Der Konflikt im Kaukasus - Historische Entwicklung und aktuelle Gefahren

Martin Bitschnau

Strategische studien



Martin Bitschnau

Der Autor ist Publizist und Menschenrechtler. Er ist Herausgeber von „Armenien: Tabu und Trauma“ und gilt als Architekt der Anerkennung des Völkermords an den Armeniern durch das österreichische Parlament.

Berg Karabakh ist eine Region im südlichen Kaukasus mit ca. 12.300 m² und 150.000 Einwohnern, vornehmlich armenischer Abstammung. Das Land ist gezeichnet vom Krieg: Mienenfelder mit Antipersonenminen, Schießscharten und Schützengräben, die ehemalige Frontverläufe zeigen sowie Ruinen, wo einst Menschen lebten.

Die Armenier hier kämpfen um ihr Leben und ihre Heimat. Die aserbaidshanischen Söldner und Soldaten kämpfen um ein Gebiet, das geostrategisch wichtig ist für einen Angriff gegen die Republik Armenien.

Vorgeschichte

Das Gebiet Karabakh, auf Armenisch „Artsakh“, findet bereits Erwähnung in den alten

Schriften der Griechen. Ab dem 11. Jahrhundert kommen muslimische Turkstämme über den Norden von Artsakh ins Land und nennen die Region Karabakh, auf Aseri/türkisch „schwarzer Garten“.

Erst Mitte des 18. Jahrhundert kommt Artsakh, nun auch Karabakh genannt, unter die Kontrolle der Osmanen.

Ab 1804 gerät der südliche Kaukasus (Armenien, Artsakh und die nördlichen Teile Persiens) unter die Kontrolle des Russischen Reiches. Nach dessen Zusammenbruch kam es zu mehreren Kriegen zwischen verschiedenen Völkern der Region (Türken, Georgiern, Armeniern und Aseris), um künftige Grenzverläufe festzulegen. Durch militärische und politische Intervention der Türkei wurde am 28. Mai 1918 Aserbajdschan gegründet, ein Gebiet mit damals bedeutende Fördermengen Erdöl.

In Aserbajdschan kommt es zwischen 1918 und 1920 unter der Oberhoheit türkischer Soldaten immer wieder zu Übergriffen auf die dort lebende armenische Bevölkerung, die dies als eine Fortführung des Völkermordes an den Armeniern während des Ersten Weltkrieges interpretierte. Auf der anderen Seite kam es auch zu Racheaktionen an Muslimen. Vorläufig beendet wurden diese Verfolgungen am 28. April 1920 mit der Ausrufung der Sowjetrepublik Aserbajdschan.

Am 29. November 1920 putschten sich armenische Bolschewiki in Armenien an die Macht. Der Vorsitzende der Aserbajdschanischen Bolschewiken Nariman Narimanov und erster Ministerpräsident der Sowjetrepublik Aserbajdschan anerkannte am 30. November 1920 die Zugehörigkeit von Karabakh zu Armenien. Am selben Tag war in der Prawda ein Artikel von Josef Stalin zu lesen:

„Der Kaukasus ist für die Revolution entscheidend, denn er ist eine Quelle für Rohstoffe und Nahrungsmittel. Aber entscheidend ist er auch wegen seiner Lage zwischen Europa und Asien, Europa und der Türkei, denn hier laufen alle wirtschaftlichen und strategischen Verbindungen hindurch, die von beachtlicher Bedeutung sind. Wir müssen diese Region kontrollieren.“¹

Die willkürliche Aufteilung

Nach dem Einmarsch der Roten Armee in den südlichen Kaukasus im Dezember 1920

wurde das „Kaukasische Büro der Kommunistischen Partei Russlands“, dem die Kommunistischen Parteien der Sowjetrepubliken Georgiens, Armeniens und Aserbaidtschan angehörten, beauftragt zu klären, zu welcher Republik die Region Karabakh gehört solle. Der Bevölkerungsanteil der Armenier betrug damals rund 90%.

Am 4. Juli 1921 beschloss das „Kaukasische Büro“ in einer Sitzung in Tiflis den Verbleib Karabakhs bei der Sowjetrepublik Armenien. Am darauf folgenden Tag revidierte Stalin in seiner Funktion als Volkskommissar für Nationalitätenfragen auf Drängen Atatürks und Narimanovs diese Entscheidung, sodass Karabakh unter Protest der Sowjetrepublik Armenien als autonome Region der Sowjetrepublik Aserbaidtschan zugeschlagen wurde.²

Prof. Otto Luchterhandt³ dazu: „Diese Entscheidung stützte sich auf die Macht der Roten Armee im Kaukasus. [...] Die betroffene Bevölkerung wurde nicht gefragt. Es gab kein Referendum.“ Er nennt die Entscheidung „willkürlich“.⁴

Russische Zugeständnisse

In den 1920er Jahre kam es zu einer Annäherung der Sowjetunion an die Türkei, unter anderem mit politischen Zugeständnissen seitens der Sowjets, verbunden mit der Hoffnung, dass sich die Türkei dem Kommunismus zuwenden würde. Dass die Region Karabakh der Sowjetrepublik Aserbaidtschan zugesprochen wurde, war solch ein politisches Zugeständnis. Im Friedens- und Freundschaftsabkommen, das 1921 von Sowjetrussland und der nationalen türkischen Regierung unterzeichnet wurde (Verträge von Moskau), verzichtete die Sowjetunion auf Kars, Ardahan und einige weitere Gebiete an der kaukasischen Grenze. Ebenso wurde das damals mehrheitlich armenisch besiedelte Nahitschewan an die Sowjetrepublik Aserbaidtschan abgetreten. Aserbaidtschan sollte eine 6 km lange gemeinsame Grenze mit der Türkei haben.

In Folge kam es zur Vertreibung der armenischen Bevölkerung durch die Aseris. Wertvolles, Jahrhunderte altes Kulturgut, beispielsweise armenische Friedhöfe mit den berühmten Kreuzsteinen, wurden zerstört.

In den Jahren 1923-1929 kam es auf einem Gebiet zwischen der Sowjetrepublik Armenien und Karabakh zur Gründung des Distrikts „Rotes Kurdistan“. Kurdische

Stämme siedelten sich dort schon im 18. Jahrhundert an und wurden sukzessive zur Mehrheitsbevölkerung. Mit der Gründung des „Roten Kurdistan“ begann die endgültige Vertreibung der dort ansässigen Armenier, aserische Muslime wurden gezielt angesiedelt und vermischten sich mit den Kurden. Auf diesem Weg wurde aus Karabakh mit direkter Grenze zu Armenien eine Enklave innerhalb von Aserbaidshjan.

In der Sowjetära wurde Karabakh und dessen armenische Bevölkerung seitens der Regierung der Sowjetrepublik Aserbaidshjan und den Aseris diskriminiert. Karabakh hat für die Regierung in Baku lediglich geostrategischem Wert, Rohstoffe wie Erdöl gibt es keine, es wurde in die Region daher nicht investiert. In den 1970er Jahren wurden vermehrt muslimische Aserier in Karabakh angesiedelt.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker praktisch gelebt

Im Februar 1988 gingen zehntausende Menschen in Stepanakert (Hauptstadt von Karabakh) auf die Straße, um für eine Vereinigung von Karabakh mit der Sowjetrepublik Armenien zu demonstrieren. Die Armenier in Karabakh versuchten zunächst über das sowjetische Staatsrecht (Volksbefragung) eine Angliederung an Armenien zu erreichen. Dies scheiterte, da die Beschlüsse durch das Regionalparlament von Karabakh in Stepanakert von den Gremien der UdSSR als verfassungswidrig erklärt und aufgehoben wurden. Zu Recht, sah doch der Sowjetkommunismus auf dem Papier eine föderative Struktur vor, es gab aber kein juristisches Regelwerk. Eine staatsrechtliche Realisierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker wurde von den Sowjets abgelehnt.

Als Reaktion auf diese friedliche Willensäußerung der Karabakher Bevölkerung wurden von der aserbaidshjanischen Führung Pogrome in Sumgait angezettelt. Draufhin kam es zu weiteren Ausschreitungen gegenüber Armeniern in Aserbaidshjan.

Am 14. März 1990 wurde unter Michail Gorbatschow die Sowjetische Verfassung von 1977 verändert: an Stelle der Parteisouveränität sollte die Staatssouveränität treten, aus der Diktatur der Kommunistischen Partei sollte ein föderaler Staatenbund entstehen.⁵

Am 3. April 1990 wurde das Gesetz zum Austritt der 15 Unionsrepubliken aus der UdSSR installiert. Dieses Gesetz betraf nicht nur die Republiken, sondern gab den 20 autonomen Gebiete innerhalb der UdSSR ebenfalls Autonomierechte. Eines dieser autonomen Gebiete war Karabakh.

Aus dem Gesetz vom 3. April 1990: „In der Unionsrepublik, die in ihrem Verband autonome Republiken, autonome Gebiete und/oder autonome Bezirke besitzt, wird das Referendum für jede Autonomie gesondert durchgeführt. Den Völkern der autonomen Republiken und Gebilde bleibt das Recht auf die selbstständige Frage über den Verbleib in der UdSSR oder in der austretenden Unionsrepublik sowie das Recht gewahrt, ihren Status aufzuwerfen.“

Aserbaidshchan hatte via Austrittsgesetz die UdSSR verlassen, Karabakh blieb daher die Möglichkeit zu entscheiden, als Teil von Aserbaidshchan mit auszutreten oder in der UdSSR zu bleiben und somit seinen Status zu definieren.

Krieg zwischen Aserbaidshchan und Karabakh

Zwischen April und August 1991 kam es seitens Sowjet-Aserbaidshchan mit Hilfe der Sowjetischen Armee und der Polizei zu Deportation der armenischen Bevölkerung Karabakhs: Rund 10.000 Menschen verloren ihre Heimat, hunderte starben.

Am 30. August 1991 erklärte Aserbaidshchan seine Unabhängigkeit, am 2. September 1991 kündigte Karabakh seinerseits an, vom Austrittsgesetz als Autonome Region Gebrauch zu machen. Dies bedeutete einerseits, dass Karabakh vorläufig in der UdSSR verbleiben und zum anderen seinen Status selbst definieren dürfe. Es war somit nicht mehr Teil Aserbaidshchans.

Am 10. Dezember 1991 wurde in Karabakh eine Volksabstimmung durchgeführt, die von den Aseris, die rund 20% der Bevölkerung stellten, boykottiert wurde. Mit über 99% stimmten die Wähler (Wahlbeteiligung 82%) in Karabakh für die Unabhängigkeit. Somit wurde die Entscheidung vom 2. September legitimiert.

Die Sowjetunion existierte bis zum 21. Dezember 1991, somit galt das damalige Recht respektive oben beschriebener Regelung. Aserbaidshchan negierte dies und verwies auf laufende Friedensverhandlungen in der Minsker Gruppe, an dessen Ende der Status

von Karabakh geklärt werden würde. Bis heute ist die Republik Artsakh international nicht anerkannt, de facto jedoch als Staat seit über 30 Jahren existent.

Aserbaidshon begann noch im Dezember 1991 einen Krieg mit Karabakh, der bis 1994 andauerte und 40.000 Menschen auf beiden Seiten das Leben kostete.

Nach dem Ende des Krieges 1994 kam der Frontverlauf so zum Stillstand, dass einige Dörfer von Artsakh von Aserbaidshon kontrolliert wurden. Wenn die Bewohner Glück hatten, wurden sie vertrieben.

Die Artsakh-Armenier hatten 1994 eine territoriale Verbindung mit Armenien hergestellt und einiges Land vornehmlich im Südosten von Artsakh dazu erobert. Dabei kamen Dörfer unter die Kontrolle von Artsakh, dessen muslimische Bevölkerung zumeist vor den anrückenden Truppen geflohen war. Diejenigen die jedoch nicht fliehen wollten, wurden von Armeniern vertrieben.

Zwei Länder, ein Volk

Die Republik Armenien (und einige Freiwillige aus der Diaspora) unterstützten Artsakh, wie es nun heißt, bei ihrem Kampf um ihre Freiheit.

Die Türkei unterstützt Aserbaidshon politisch und militärisch, seitens Ankara hörte man Anfang der 1990er Jahre die Drohung: Die Zahl der „Armenier wird wie Artefakte in Museen“ sein.

Auch im aktuellen Konflikt melden sich türkische Stimmen. So beispielsweise Ibrahim Karagül, Chefredakteur der AKP-nahen Yeni-Afak-Zeitung: „Eine Rakete muss versehentlich direkt ins Zentrum von Eriwan fallen! Aserbaidshon ist nicht allein.“⁶ Erdogan nannte kürzlich Armenien „die größte Bedrohung für den Frieden in der Region.“⁷

Nachdem sich die Armenier in Karabakh 1993 militärisch behaupten konnten, verstärkte Ankara seine militärische Unterstützung für Aserbaidshon in der Folgezeit.

Anfang September 1993 hatte die Türkei Truppen an der türkisch-armenischen Grenze zusammengezogen. Am 6. September eröffneten türkische Grenztruppen das Feuer

auf armenisches Staatsgebiet, die dort stationierten russischen Soldaten reagierten jedoch nicht auf diese Provokation.

Die armenische Regierung ihrerseits befürchtete, dass die 10.000 russischen Soldaten an der türkisch-armenischen Grenze nach Russland abgezogen würden, wenn es in Moskau erneut zum Putsch käme und dass dann ein türkischer Einmarsch erfolgen könnte. So war der armenische Verteidigungsminister Sarkisian während des kritischen Wochenendes vom 2. und 3. Oktober 1993 in ständigem Kontakt mit seinem russischen Amtskollegen, der ihm versichert hatte, die Armee stünde hinter Jelzin und ein Abzug aus Armenien käme nicht in Frage.

Laut französischen Geheimdiensten soll es ein Übereinkommen zwischen dem Putschführer Khasbulatov (ein Tschetschene und russischer Parlamentspräsident) und der Türkei gegeben haben. Demnach hätte Khasbulatov im Falle eines erfolgreichen Putsches der Türkei „limitierte Aktionen“ in Armenien und Georgien erlaubt, mit dem Argument »Jagd auf kurdische Kämpfer« zu machen bzw. um Abchasien zu sichern.

Eingefrorener Konflikt

Im Mai 1994 wurde ein Waffenstillstand vereinbart, aber der Konflikt an sich wurde nie gelöst. Vielmehr wurde dieser immer wieder gebrochen. Die folgenschwerste Eskalation fand zwischen dem 2. und 5. April 2016 statt, bei dem 92 armenische und 31 aserbaidshische Soldaten ihr Leben verloren. Schon damals sollen laut offiziellen Stellen in Artsakh islamistische Söldner zum Einsatz gekommen sein. Im Sommer 2017 kam es zu einem Kamikaze-Drohnen-Angriff auf eine armenische Stellung.⁸

Islamisten an der Front

Laut armenischen Medien wurden zwischen 2.000 und 8.000 Jihadisten, die die Türkei aus Syrien gerettet hatte, nach Aserbaidshan geschickt, wo sie gegen Artsakh eingesetzt werden. In Baku wurden laut anderer Berichte alle verfügbaren Pick-ups beschlagnahmt, um an der Front zum Einsatz zu kommen.

Laut „Asia News“ wurden in Syrien alleine aus dem durch die Türken besetzten Idlib 4.000 Jihadisten abgezogen und nach Aserbaidshan geschickt. In einem Appell der islamistischen Miliz „Sultan Murad-Brigade“ (von der Türkei unterstützt und eing-

esetzt) heißt es u.a.: „Die Freiwilligen aus Syrien werden in vorderster Linie an der armenisch-aserbaidischen Grenze eingesetzt.“ In einer Talkshow des islamistischen Senders „Orient“ wurde Kritik laut, dass „anstatt Assad in Idlib zu bekämpfen“ die „Kämpfer“ abgezogen und an die armenische Grenze gegen die „christlichen Kreuzritter“ geschickt wurden.⁹

Die Russen haben ihrerseits in Syrien Ausbildungslager und Sammelpunkte ausforscht, die Kämpfer für Karabakh rekrutierten und ausbildeten, am 9. Oktober 2020 wurden diese Lager in mehreren Schlägen zerstört. Über 150 Jihadisten sollten getötet worden sein.¹⁰



Aserbaidisch verübt Kriegsverbrechen, indem es Kirchen, beispielsweise die Kathedrale von Shushi (siehe Bilder) und Kulturdenkmäler angreift. Die Kathedrale von Shushi diente Anfang der 1990er Jahre den Aseris als Waffen- und Munitionsdepot, mit dessen Hilfe Stepanakert, das in Sichtweite unterhalb Shushis liegt, beschossen wurde.

Aserbaidisch setzt völkerrechtswidrig Raketen gegen zivile Ziele ein (die Raketen schlugen in der Hauptstadt von Karabakh), darüber hinaus wurde die Streumunition/ Clustermunition israelische Bauart M095 DPICM von Aserbaidisch zum Einsatz ge-



Clustermunition zu erstellen, zu lagern und/oder zu verwenden ist seit 1. August 2010 international verboten und geächtet. In Israel hat sich mittlerweile eine Protestbewegung gebildet, dessen Forderung es ist, keine Waffen mehr an Aserbajdschan zu verkaufen.

Wiederholt wurde das Regime Aliyev mit Korruption, Menschenrechtsverletzungen, mangelnder Demokratie sowie Kriegsverbrechen in Verbindung gebracht. Berichte der EU, aber vor allem von Menschenrechtsorganisationen zeichnen ein klares Bild.

Eine Frage bleibt: Warum gerade jetzt?

Die Türkei hatte immer schon Expansionsträume. Dies wird unter anderem an Lehrmaterialien des türkischen Unterrichtsministeriums deutlich. Außerdem will die Türkei als regionale Militärmacht, zu der die NATO sie gemacht hat, in ihrem Umfeld eingreifen und mitgestalten, auch am Verhandlungstisch. Beispielsweise, indem sie im Syrienkrieg die Kurden, die als einzige Bodeneinheit gegen die Islamisten gekämpft haben, angriffen und Waffen und Ausrüstung an die Islamisten lieferten.

Die wirtschaftliche Lage beider Staaten ist prekär

Der Wert der türkischen Lira ist im vergangenen Jahr um 50% eingebrochen. Die Türkei erlebt eine massive Wirtschaftskrise, ein Ende ist nicht abzusehen. Im Falle Aserbaidshans, das über 90% seines Einkommens aus Öl und Gas bezieht, bewirkte der massive Verfall des Ölpreises den Verlust der wirtschaftlichen Grundlage.

Entgegen der türkisch-politischen Ansage der „Null Probleme mit den Nachbarn“ hatte die Türkei in den letzten zehn Jahren Auseinandersetzungen oder militärische Interventionen mit Kurden (im eigenen Land), Griechenland, Zypern, Irak, Syrien, Libyen und Artsakh. Im Falle von Syrien und Irak hat die Türken Land von Syrien okkupiert.¹²

Beide Präsidenten (Erdogan und Aliyev) sind in ihren Ämtern reich geworden, sind keine Freunde von Demokratie, Meinungs- und Medienfreiheit, unterdrücken die Opposition und haben Familienmitglieder in der Regierung. In beiden Ländern leben viele verschiedene Minderheiten und trotzdem wird Angst und Hass auch in Schulbüchern gegenüber Minderheiten - speziell gegen Armenier - geschürt.

Beide versuchen mit diesem Krieg von diesen Tatsachen abzulenken und gleichzeitig ihre Popularität, die im Keller ist, wieder zu verbessern. Sowohl Erdogan als auch Aliyev brauchen dringend einen herzeigbaren Erfolg. Die „appeasement“-Politik der deutschen Kanzlerin ist die falsche Antwort auf die Muskelspiele aus Ankara, die wir seit Jahren hinnehmen.

Die Menschen im Kaukasus wollen nicht Spielball der Politik sein, sondern wollen Frieden. Niemand will seine Kinder, die Zukunft einer Familie, eines Volkes, eines Landes, in den Krieg schicken. Dabei bleibt nur Angst, Misstrauen und Verbitterung über den jeweils Anderen.

Was tatsächlich sowohl die Türkei als auch Aserbaidshans brauchen ist Presse- und Meinungsfreiheit sowie Demokratie. Das würde zur Stabilisierung der Region am meisten beitragen.

Referenzen

01. zitiert nach Hélène Carr ere d'Encause: Lenin. Piper Verlag, München 2000, ISBN 3-492-04199-X, S. 404
02. Luchterhandt Otto, Das Recht Berg-Karabaghs auf staatliche Unabhängigkeit aus völkerrechtlicher Sicht, Archiv des Völkerrechts 31. Bd., No. 1/2, UMWELTSCHUTZ / PROTECTION OF THE ENVIRONMENT (1993), pp. 30-81, Internetfundstelle <https://www.youtube.com/watch?v=3eNFflobMtk> und <https://www.youtube.com/watch?v=6qqfWQW2-dw>
03. Prof. Otto Luchterhandt war von 1991 bis 2008 Professor für öffentliches Recht und Ostrecht an der Universität Hamburg und war Direktor der Abteilung für Ostrechtsforschung
04. Luchterhandt, Das Recht Berg-Karabaghs
05. Ebenda
06. <https://yeni1mecra.com/ibrahim-karagul-erivanin-merkezine-fuze-dusmeli/>
07. <https://jacobinmag.com/2020/10/armenia-azerbaijan-cease-fire-conflict-nagorno-karabakh>
08. <https://www.haaretz.com/israel-news/israeli-firm-loses-kamikaze-drone-export-license-for-azerbaijan-1.5446732>
09. [http://asianews.it/news-en/Turkey-sends-4,000-Syrian-ISIS-mercenaries-to-fight-against-the-Armenians-\(VIDEO\)-51151.html](http://asianews.it/news-en/Turkey-sends-4,000-Syrian-ISIS-mercenaries-to-fight-against-the-Armenians-(VIDEO)-51151.html)
10. https://www.armenews.com/spip.php?page=article&id_article=69756
11. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/10/armenia-azerbaijan-civilians-must-be-protected-from-use-of-banned-cluster-bombs/>
12. <https://www.welt.de/politik/ausland/article211003775/Offensive-Adlerkrallen-Tuerkische-Jets-greifen-erneut-Ziele-im-Nordirak-an.html>

ME RESEARCH
NA CENTER

MENA RESEARCH & STUDY CENTER